

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Gescheint seit dem Jahre 1841.



für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das
Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
sowie für das Forstamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Zeitungsaussch. Die für die gesuchte Korrespondenz oder deren Raum, Kosten, Posten, Pausen, etc., die mit dem Leistungsauftrag, S. wird und abzweigender Satz mit 20% Belohnung. Bei Überholung und Ziffern, um entsprechender Nachdruck, Zusammenfassung im amtlichen Teil aus der Zeitung, bis die Satzzeile 60 Pfg. beg. Pfg. / Nachrechnung und Übersetzung 20% be.

Pfg. / Zeiterlöse der überreichten Aufsätze stellt jedes Amtskontrollenrichter ein. Vergleichszettel Nr. 12 Uhr vermerkt. / Umlaufgebühr bei Losfeld. Pfg. / Bei der Postablage Salzburg. / Für das Einnehmen der Abgaben an bestimmte Zeiten und Plätzen wird eine Bezahlung geleistet. / Briefkastenbrief. / Nachtrag eines Auszugs. / Die Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben nur bei Bezahlung Mindestens 30 Tage Gültigkeit. Längeres Zeit gewährliche Abreise, zu mindestens 30 Tagen wird. Arbeitnehmer bestimmen die Dauerung des Briefkastenbriefs. / Sofern nicht durch schriftliche ausdrückliche oder stillschweigende Absprache, darf es als vereinbart durch Aussagen der Abreise, jede nach der Ausfahrt innerhalb 3 Tagen, vom Rechnungszeit an, Abreise gezeigt.

Nachrechnung und Übersetzung 20% be.

Postlehr-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 60

Sonnabend den 13. März 1920

79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Bei Durchführung der Verordnung vom 18. Dezember 1919 (Sächs. Staatszeitung Nr. 293) wird wegen Schwierigkeiten in der Beschaffung von Futtermitteln bis auf weiteres nachgelassen, daß die polizeiliche Beobachtung des eingeführten Klauenwuchs zur Verhütung der Verschleppung der Maul- und Klauenseuche unter Teilung des Sammeltankes ganz oder teilweise auch bei dem Abnehmer eines Teiltransportes stattfinden kann. Dabei wird vorausgesetzt, daß der Bezirkstierarzt dies mit Rücksicht auf abgesonderte Unterbringung und Wartung der unter Beobachtung stehenden Tiere für unbedenklich hält.

Anträge hierauf sind bei dem Bezirkstierarzt zu stellen, der den eingeführten Sammeltank vor seiner Teilung, ebenso wie die Teiltransporte nach Ablauf der Beobachtungszeit auf Kosten des Veringers (Verordnung vom 7. Dezember 1918 — G. u. B.-Bl. S. 400 — in der Fassung der Verordnung vom 20. Januar 1920 — G. u. B.-Bl. S. 20; Sächs. Staatszeitung Nr. 16) — zu untersuchen hat.

Von der in § 45 unter 5 Abs. 2 vorgeschriebenen bezirkstierärztlichen Untersuchung ist Klauenwuchs bereit, daß ohne weiteren Zwischenhandel binnen zwei Tagen vom Eintritt am Beobachtungsort ab geschlachtet werden soll.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Bekanntigung in Kraft.

Dresden, am 9. März 1920.

Wirtschaftsministerium.

Lebensmittel-Verteilung im Kommunalverband Meißen-Land.

In der Woche vom 14. bis 20. März 1920 werden im Kommunalverband Meißen-Land folgende Lebensmittel verteilt:

a) auf sämtliche Nahrmittelkarten, Reihe III, Abschnitt 2
1/2 Pfund aust. Bohnen, Pfundpreis M. 2,50

b) auf sämtliche Lebensmittelkarten, Reihe III, Abschnitt 2
1/2 Pfund Inlandsmarmelade, Pfundpreis M. 8,70

Die Händler haben sich wegen des Vizes der Waren unverzüglich mit ihren Handelsstellen in Verbindung zu setzen.

Ein Verkauf der Lebensmittel darf vor der angezeigten Zeit nicht erfolgen.

Meissen, am 11. März 1920.

Reg. Nr. 320 d II F.

Die Amtshauptmannschaft.

Freibank. Sonnabend den 13. März vormittags 9 bis 1 Uhr Rindfleisch: gelbe Lebensmittelkarten auf die Nummern 1661 bis 2020 gegen Reichsfleischmarken E. Preis das Pfund 2,20 Mark. Einzelgeld mitbringen. Wilsdruff, am 12. März 1920.

Der Stadtrat.

Grumbach.

Wegebau führen.

Da die Versteigerung der Wegebauführungen wegen Mangel an Bietern am 11. März 1920 abgedrohen werden mußte, findet Versteigerung der Versteigerung Sonntag den 14. März 1920 vormittags 1/2 12 Uhr im Gasthof statt.

Grumbach, am 12. März 1920.

Der Gemeindevorstand.

Das Urteil im Prozeß Erzberger-Helfferich.

Meine Zeitung für eilige Leser.

Nach dem nun fertiggestellten Entwurf wird das Reich für die kommende Reichstagswahl in 122 Wahlkreise eingeteilt. Mit Sachsenland ist nun mehr ein Vertrag unterschrieben, der über die Räume der deutschen Kriegsgefangenen. Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat der französischen Regierung das Bedauern der Deutschen über die Vorgänge im Adlonhotel in Berlin ausgetragen. Dieser haben die Franzosen über 100 000 Deutsche aus dem Gefangen ausgewiesen. In Tirol möchte die Stimmung für den sofortigen Anschluß an Deutschland unverhältnismäßig.

Weltmarktpreis.

Es gibt wohl kein Schlagwort, das augenblicklich im Wirtschaftsleben häufiger gebraucht würde, aber auch unrichtiger wäre, als die Annäherung an den Weltmarktpreis. Die brennende Teilnahme an der Frage wird sofort begreiflich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß z. B. die augenblicklichen Weltmarktpreise fast nach dem jeweils Stand der deutschen Währung berechnet, auf etwa 6000 bis 7000 Mark für die Loune stehen würden, während im Auslande etwa 800 Mark geachtet werden, daß Eisenwaren im Auslande etwa das Sechs- bis siebenfache kosten als in Deutschland, und daß man bei einer durchgeföhrten Annäherung an den Weltmarkt zu Breite kommt, wie sie jetzt etwa für Finnland, Russland und ähnliches bezahlt werden müssen.

Bei den gewaltigen Preiserhöhungen, die die Annäherung an den Weltmarktpreis im allgemeinen für den Exporteur bedeuten würde, kann man es durchaus verstehen, wenn aus diesen Kreisen von überall her darauf gedrängt wird, den Inlandssatz im freien Spiel der Kräfte an den Weltmarkt heranzubringen. Überdies spricht für sie — und das gilt in besonderem Maße von der Landwirtschaft — daß tatsächlich ein großer Teil dessen, was gekauft werden muß, auf den Werken des Weltmarkts bereits mehr angenommen hat, als ein großer Teil dessen, was verkauft wird.

Und aber jedes Ding seine zwei Seiten, so gilt dies ganz besonders von der hier behandelten Frage. Denn der Weltmarktpreis bedeutet einen nicht bloß höheren Teil für den Hersteller, sondern höhere Kosten für jeden Verbraucher, d. h. eine neue und zwar ganz gewaltige Besteuerung der Lebenshaltung mit den unweigerlich ihr folgenden Lohnkürzungen und Volksverhöhnungen. Was diese für unsre noch immer aus augenreicher geschilderte Volkswirtschaft bedeuten würden, bedarf feiner näheren Erläuterung. Die Folgen gehen aber über die reinen Lohnfragen noch ganz erheblich hinaus. Wie die Dinge liegen, würde es dem Arbeiter vielleicht — sicher ist dies keineswegs — gelingen, einen Teil der Preissteigerungen im Lohn wieder hereinzuholen, denn größten Teil des sogenannten Mittelstandes aber wäre dies völlig unmöglich. Ein gewissem Bild davon, wie die Verhältnisse bei dann gestalteten könnten, gibt Wien; daß dort auch noch andere Gründe mitsprechen, verschließt das Bild nicht sehr wesentlich.

Nun ist aber bei der ganzen Behandlung dieser Frage

ein sehr wichtiger Punkt eigentlich nichts aus Weltmarktpreis behandelt worden; man hat nämlich niemals die Frage aufgeworfen, was denn eigentlich der Weltmarktpreis ist. Ein Beispiel, das aber ganz allgemeine Gültigkeit hat: vor etwa 14 Tagen kostet der amerikanische Dollar nach 100 Mark, jetzt rund 75 (im Februar 2,20 Mark). Käufer kostet damals wie heute beim amerikanischen Erzeuger 18 Cent für das englische Pfund, d. h. rund 42 Cent für das Kilogramm. Diese 42 Cent überstehen vor vierzig Jahren einen Weltmarktpreis von 4200 Mark für 100 Kilogramm dar, heute einen solchen von rund 3150 Mark. Nach welchem „Weltmarktpreis“ soll man sich nun eigentlich richten, und wünscht man einen Zustand herbei, in dem die Preise von Tag zu Tag, ja von Stunde zu Stunde um Hunderte von Mark schwanken, in dem jede Aufführung noch mehr als heute platten Unmöglichkeit wird, einen Zustand einzuhalten, der letzten Endes nur den Schieber noch mehr macht als der jetzige, den ehrlichen Kaufmann und Erzeuger aber in eine geradezu unerträgliche Unsicherheit bringt?

Dazu kommt noch, daß die jetzt von London aus in die Welt gesandten guten Kaufsätze (Kästen sind es ja noch nicht) minderlich die eine Folge haben werden, die Schwankungen der einzelnen Währungen gegeneinander auf lange Zeit hinzu noch rascher und schneller zu machen. Was das bedeutet würde, ist nach dem vorher Gesagten von vornherein klar. Denn es ist eine alte Erfahrung, daß die Preise im Kleinhandel aufwirksame Bewegungen der Großhandelspreise sehr rasch und willig folgen. Preisentwicklungen dogegen nur sehr zögernd mitmachen. Erstrebbarweise sieht es jetzt so aus, als wollten (infolge der Versteigerung des Marktwertes) die Weltmarktpreise sich den deutschen annähern. Auch diese Entwicklung würde durch die Nebenwirkungen einer Entstehung des „freien Spiels aller Kräfte“ in der Preisbildung wahrscheinlich sehr rasch abgeschnitten und ins Gegenteil vertreten werden.

Es gibt gewisse Dinge, die wir nur vom Ausland erhalten können und deshalb, ob wir wollen oder nicht, mit dem jeweiligen Weltmarktpreis bezahlt müssen. In all den Fällen aber, in denen wir uns überwiegend aus dem Auslande versorgen, wird man die isolaten Schäden eines Preisuntersatzes, wie ihn die Einführung des Weltmarktpreises heut noch bedeuten würde, wohl als schwerwiegender ansehen müssen, als den Augen, der sich für einzelne Erzeugergruppen daraus ergäbe. Auch der jetzige Zustand hat natürlich schwerere Schäden; zumal werden sich deshalb Auslands- und Weltmarktpreise einander ausgleichen müssen. Die Angst weiter Kräfte davor aber, daß diese Ausgleichung nur vom Auslande her, d. h. durch Vertriebsnäherung unserer jetzigen Preise erfolgt, ist keineswegs unberechtigt.

Leonhard Fliegbücher.

Die künftige Wahlkreiseinteilung.

122 Wahlkreise.

Der Entwurf für die Wahlkreiseinteilung, die einen Bestandteil des neuen Reichswahlgesetzes bilden wird, ist vom Reichsministerium des Innern nunmehr fertiggestellt. Der Entwurf beruht auf den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung vom 8. Oktober 1910 und teilt das Reichsgebiet in 122 Wahlkreise ein. 62 Wahlkreise sind für die

Wahl von 4, 23 für die Wahl von 3 und 37 für die Wahl von 5 Abgeordneten bemessen. Mehrere Wahlkreise werden jeweils in einem Verbandswahlkreis zusammengefaßt. Insgesamt sind 23 Wahlverbände vorgesehen, und zwar 8 mit je 4, 6 mit je 5, 4 mit je 6, 4 mit je 7 und ein Wahlverband mit 8 Wahlkreisen. Die Veröffentlichung des Entwurfs wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Zum Anschluß Tirols.

Die freiwillige Volksabstimmung.

Im Hinblick auf die von den Tiroler Brüderlein eingeleitete, auf die Herbeiführung einer freiwilligen Volksabstimmung für den Anschluß Tirols an das Deutsche Reich abzielenden Bewegung verlaubt die Tiroler Landesregierung folgendes: Der Gedanke des Anschlusses an Deutschland ist grundsätzliches Gemeingut im ganzen Tiroler Volk, und es ist selbstverständliche Pflicht der Landesregierung, auf seine Vermittlung hinzuarbeiten, um so mehr, als die Verbündete, die die Unabhängigkeit des Tiroler Landestandes der gegenwärtigen Lage immer deutlicher hervortreten lassen, mit Rücksicht dazu drängen. Geht auf den einstimmigen Beschuß des Tiroler Landtages vom 11. Dezember 1918, wonach der wirtschaftliche Anschluß des Landes an das Deutsche Reich gefordert wurde, wird die Landesregierung in Übereinstimmung mit allen politischen Parteien und Gruppen auf die Durchführung dieses Beschlusses durch die Staatsregierung unablässig einzutreten suchen. Es ist selbstverständlich, daß, wenn es sich um einen endgültigen Anschluß handeln wird, in Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes des Tiroler Volks durch eine Volksabstimmung Gedenkt gegeben wird, selbst das letzte und entscheidende Wort zu sprechen.

Wiederaufbau des Postwesens.

Ein Vortrag des Reichspostministers.

Der Reichspostminister Giesberts hält auf Einladung der Berliner Handelskammer einen Vortrag über den Wiederaufbau des Post- und Telegraphenwesens. Eine Besserung könnte nur dadurch gebracht werden, daß technische Reformen mit Personalreformen und Finanzreformen ineinander greifen müssen. Die Klagen über den Telegraphenbetrieb berücksichtigen die Tatsache nicht, daß die Verjährung wesentlich daran zurückzuführen ist, daß ein während der Kriegsjahre nicht genügend instand gehaltener Apparat das mehrfache der Friedensleistung vollbringen müsse. Vor dem Kriege seien in Berlin 90 000, in Frankfurt a. M. 30 000 und in Hamburg 25 000 Telegramme werktäglich ausgesetzt worden. Jetzt seien die entsprechenden Sätzen 140 000, 60 000 und 45 000. Dabei sei noch in Betracht zu ziehen, daß die vermehrte Telegrammzettel eine unverhältnismäßig viel größere Arbeitsleistung bedingt, weil die Wortzahl des durchschnittlichen Telegramms um 40% von 18 auf 22,5 Worte gestiegen sei. Erhöhung werde die Beförderung der Telegramme auch dadurch, daß die Beförderungsbehörden 90 Telegrafenleistungen im befreiten Gebiet dem öffentlichen Verkehr entzogen haben. Im vorigen Jahre seien im Auslande 30 neue Leitungen fertiggestellt, im laufenden Jahr

würden weitere 80 neue Leitungen in Betrieb genommen werden. Im Auslandsdienst seien nach Holland 9 neue Leitungen in Betrieb genommen und weitere im Bau. Der Verkehr nach Norwegen sei wesentlich erleichtert durch die Wiederherstellung des Kabels Stavbanen-Uranhol. Mit England und der Schweiz seien Verhandlungen über Verbesserung der telegraphischen Verbindungen im Gange. Ein Telefondienst mit 15 Empfangsstellen an den wichtigsten Orten Deutschlands sei ebenfalls zur Entwicklung des Telegraphieverkehrs eingerichtet worden. Auch beim Telefonbetrieb sei die Überlagerung des abgenutzten Apparats für die meisten Schwierigkeiten verantwortlich zu machen. Zurzeit gebe es 1½ Millionen Sprechstellen und einen Bedarf von 165 000 Teilnehmern im Jahre gegenwärt rund 100 000 im letzten Friedensjahr. Die Ortsgespräche hätten gegenüber der Friedenszeit von 1,17 Milliarden auf 2,24 Milliarden, die Nachbarortsgespräche von 277 Millionen auf 402 Millionen und die Ferngespräche von 184 auf 203 Millionen zugenommen. Gegenüber dieser Verhöhungnahme könne die Herstellung der Apparate und der sonstigen Materialien infolge Rohstoffknappheit, Rohstoffmangel und Streiks nicht Schritt halten. Die Verwaltung sei bestrebt, durch große Aufschüsse — es sind 250 000 Apparate bestellt —, durch technische Verbesserungen, die es ermöglichen, mehrere Gespräche über eine Doppelleitung zu führen und durch Berechnung der Leitungen in unterirdische Gemeinden den Betrieb zu verbessern und zu verbilligen. Der Minister rechtfertigte in seinem Schlussausführungen seine Tarifpolitik. Sie sei deswegen nicht verfehlend, weil sie mit einer Befreiung der Wirtschaftslage und einer Verdülligung der Betriebsausgaben rechnet. Daher seien die Tarif erhöhungen nur so bemessen, daß sie etwas mehr als die Hälfte des Betriebsaufwandes decken.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Minister Müller und die dänische Grenzfrage. Auf einer Anfrage über die Regelung der dänischen Grenzfrage erklärte Außenminister Müller u. a.: Die Grenze wird so festzusetzen sein, daß überall da, wo die Bevölkerung überwiegend deutsch gewesen ist, mit Ausnahme von deutschen Einwanderern in rein dänischen Gebieten, die betreffenden Besitzteile auch bei Deutschland zu bleiben haben. Der Artikel über die Bevölkerung nach dem geographischen und wirtschaftlichen Abwanderungsgrad ist innerhalb des Rahmens dieser allgemeinen Notwendigkeit zu verstehen. Sollte der Verlust gemacht werden, eine große Stadt wie Flensburg oder weitere Städte der zweiten Zone trotz deutscher Säumabgabe Deutschland zu entreißen und Dänemark aufzupresen, so würde die deutsche Regierung alle ihr zu Gebote stehenden Mittel annehmen, um einen solchen neuen Bruch des Friedensvertrages abzuwehren.

*** Die Massenausweisungen aus Elsaß-Lothringen.** Die freiwillige Zentralisierung für ausgewählte Elsaß-Lothringen steht amtlich mit, daß bisher 96 000 Personen Elsaß verlassen haben, nämlich 29 600 Männer, 31 000 Frauen und 36 000 Kinder. Reddet man diesen hinzu, daß die Übernahmestelle nicht passiert haben, und jene, die nach Entlassung vom Militär nicht mehr nach Elsaß-Lothringen zurückkehrt sind, so ist das erste Hunderttausend heimatloser Menschen bereits überschritten.

Polen.

x Eine neue russische Friedensnote. Die polnischen Blätter melden, daß der Sowjetkommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitschirin, zu Händen des Ministers des Innern sowie des Staatsoberhauptes Bilsudski eine neue Friedensnote abgehen ließ. In der neuen Friedensnote bestont Tschitschirin, daß die Arbeiterschaft Russlands den Friedensschluß mit allen Nachbarstaaten und besonders mit Polen wünscht. Weiter wird hierin gesagt, daß die jetzige bolschewistische Offensive nur eine Folge der polnischen Offensive gegen die ukrainischen Rottruppen ist. Tschitschirin verlangt von den polnischen Truppen die Einstellung der Aktionen gegen die ukrainischen Bolschewisten, worauf die russischen Truppen ihre Aktionen einstellen werden.

Türkei.

x Schwere Niederlage der Franzosen in Meinau. Erst jetzt fügten bestimmte Nachrichten über die schwere Nieder-

lage durch die französische Truppen in Meinau eröffneten. Sie befanden sich auf dem Marsche nach Marokko, als sie plötzlich von überlegenen türkischen Streitkräften angegriffen und vernichtet geschlagen wurden. Sie liegen über 700 Mann auf dem Platz, zum Teil Senegalsänger und Algerier. Unter zahlreichen Gewehren und anderem Artilleriematerial liegen die flüchtenden Franzosen auch ihre Artillerie auf dem Schlachtfeld zurück.

Deutsche Nationalversammlung.

154. Sitzung.) CB. Berlin, 11. März.
Die heutige Sitzung war kurz; sie dauerte nur zwei Stunden, aber es wurde Bedeutendes in ihr beschlossen. Nachdem man ohne Aussprache die Antragstellerin erörtert hatte, schloß man den Gesetzentwurf über die Erhebung der Biersteuer für eingeführte Biere in allen drei Lösungen ohne Aussprache angenommen habe, wandte man sich der dritten Lösung des

Zandsteuergesetzes
an. Zu einer größeren Auseinandersetzung kam es bei § 58, wonach das Reich jedem Lande die Einnahmen aus den durch die Einwohnersteuer, Bodenwertsteuer, Kavallerietragsteuer und die Reichsverbausteuern erzielten Steuern des Landes und seiner Gemeinden in der bisherigen Höhe gewährte. Zu dem Anteil an der Einwohnersteuer sollen 25 % Buchholz kommen. Steueränderungen nach dem 5. März 1920 sollen außer Betracht bleiben. Nach einem Antrag der Mehrheitspartei wurde statt des 5. März 1920 der 10. März 1920 festgestellt.

Abg. Dr. Becker-Hess (Dtsch. Vp.) beantragte, Änderungen auch nach dem 10. März anzulassen. Nachdem sich die Mehrheitsparteien dagegen erklärt hatten, wurde der Antrag Becker in namentlicher Abstimmung mit 174 gegen 63 Stimmen der Rechten und der Unabhängigen abgelehnt. Danach wurde ein weiterer Antrag der Mehrheitsparteien angenommen, wonach eine Änderung des gewährten Steuertarifs auszuhalten ist, soweit das Reich Aufgaben übernimmt, die im Jahre 1919 den Ländern und Gemeinden obliegen.

Bor der Gesamtstimmung erklärte Abg. Richt. Bauer (Vp.): Wir stimmen gegen das Gesetz, weil es in die Selbstständigkeit der Länder eingreift. Abg. Becker-Hess (Deutsche Vp.) erklärte im Namen seiner Fraktion: Wir haben uns redlich bemüht, dem Gesetz eine Fassung zu geben, die es annehmen gemacht hätte. Das ist uns nicht gelungen. Wie es jetzt verabschiedet wird, schert es weder die finanziellen Gemeinden vor Überlastung. Wir sind daher leider nicht in der Lage, dafür zu stimmen. Abg. Werm (W. Soz.) erklärte, daß seine Fraktion dagegen stimmen werde, weil es Gesetz den Gemeinden nicht die nötige Freiheit lasse, und der Abg. Düringer (Deutsch. Vp.) erklärte, daß seine Parteikollegen das Gesetz ablehnen müssen, weil es nach ihrer Auffassung mit der Bevölkerung gar nicht in Einklang stehe. Durch das Gesetz kreise eine Centralisation ein, die den Tod der Selbstverwaltung sein müsse.

Das Landsteuergesetz wurde darauf in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen angenommen. Darauf wurde die bei der dritten Lesung des Reichseinwohnersteuergesetzes aufgestellte Abstimmung vorgenommen und dann wurde das Reichseinwohnersteuergesetz ebenfalls gegen die Stimmen der Rechten und der unabhängigen Sozialdemokraten endgültig angenommen.

Sodann nahm das Haus eine Reihe Entschließungen des Abschlusses der Wirtschaftskrise an. Unter anderem soll die Befriedung über die Erhöhung der Unfallrenten ergänzt werden, durch eine angemessene Erhöhung der Knopfleistungsaufnahmen. Eine paritätisch zusammengeführte Kommission aus Landwirken, landwirtschaftlichen Arbeitern und Kaufleuten soll in Verbindung mit der Regierung über die notwendige Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse im kommenden Wirtschaftsjahr beraten. Ferner soll für das nächste Jahr die Befreiung politischer Abhängigkeiten zur Ausführung der Landarbeiten beim Räbenbau gestattet werden. Damit schloß die Sitzung.

Nah und Fern

O Erzberger's Urteil berichtigt. Professor Dr. Bleß, der den Reichsfinanzminister Erzberger nach dem bekannten Urteil behandelte hat, bezogtnekt die längst verbreitete Nachricht, daß die bedingungslosen Bulletins, die damals über den Gewindesatzland des Ministers verhängt wurden, von ihm herabsetzt, als unwahr. Es sei auch unwahr, daß gegen ihn ein Verfahren vor dem Ehrengericht der Arzelsammer schwende oder auch nur eine Anzeige gegen ihn erstattet sei.

Der Diener giebt die Achseln.

"Ich hab' gehört, sie hat keinen Menschen auf der Welt als den alten Mann", sagte er. "Armes Kind! Hören Gnädigste — Sie weint!"

Wirtlich lang, leise und gedämpft, das bitterliche Schluchzen eines Kindes heraus bis zu den Hörern. Dazwischen tönte vom Theaterraum her ein Walzer. Der neueste Operettenschlag.

Der alte Baron machte einen Schritt gegen die Garderobe zu, hinter welcher das Weinen erscholl. Aber eben wurde die kleine Pforte geöffnet.

Auf der Schwelle standen zwei Herren: der Direktor des Etablissements, dessen charakteristischen Kopf jeder Wiener kannte, und ein kleiner behäbiger Mann, der Theaterarzt. Die Tür blieb hinter ihnen offen. Man sah in einem hellen, kleinen Raum. In der Mitte des selben stand ein Sofa, auf dem eine verkrümme Gestalt lag. Das schaft geschnittene Gesicht war von silberweißem Haar umrahmt. Die Lippen lagen seit über den Augen.

Momentan schlummert der alte Mann nur," sagte der Arzt, "oder dieser Schlummer kann jede Sekunde in den ewigen Schlaf übergehen. Wenn die Kleine irgendwelche Aenderung hat, sollen sie benachrichtigt werden."

"Sie hat gar niemanden", entgegnete der Direktor. "Ist ein ganz verlassenes Kind. Der Alte ist auch nicht in Wahrheit ihr Großvater. Er hat sie nur adoptiert. Man weiß gar nicht, wie sie eigentlich heißt, das hat mir der alte Mann selber erzählt. Er hat sie adoptiert. Jetzt heißt sie Felicitas Mittermeier. Na — Sie wird sich ja ihr Vat verdanken! Macht ihre Töchter ja ganz patent. Nur eine schreckliche Angst hat sie jedesmal, die Kleine. Aber das gibt sich. Arzten gewöhnen sich das Gefahr."

Wieder lang von drinnen das bitterliche Schluchzen. Jetzt wurden auch ein paar seltsame Gesichter sichtbar, welche im Hintergrund des Garderoberaums sich aufgehalten hatten. Eine Japanerin, in hellgelbem Seidenkimono, kniete am Boden. Neben ihr standen zwei Ballettmeisen in weiß und rosa Röcken und eng anliegenden Trikots. Und weiter rückwärts sah man das stark gezeichnete Gesicht der amerikanischen Tanzfünftlerin unter einem Mützenhut hervorleuchten. Und alle diese Frauen, deren Leben gewiß ein seltsam bewegtes, unruhevolleres war, umstanden das kleine Mädchen, welches in seinem weißen Kleid am Boden lag.

"Opal!" rief die kleine Fee. "Opal bleib bei mir!"

Die Baronin hatte einige Worte mit dem Direktor gesprochen. Der warf nun einen Blick zurück.

o Kein Rückgang des Eisenbahnverkehrs. Die Tarif erhöhung der Eisenbahn soll bisher keinen erheblichen Rückgang in der Personbeförderung verursacht haben. Die Beziehung der einzelnen Klassen in den Schnell- und D-Zügen ist ungsähnlich die gleiche wie vor der Tarif erhöhung. Es ist auch keine Abwanderung aus den höheren in die niederen Klassen eingetreten.

o Ralljunde in Kanada. Ungeheure Abflüge von Rall und anderen Winterrollen sind nach einem Bericht des Fortbildungsschulenden Frank Perry im Madawaska-River-Distrik in Kanada entdeckt worden. Es wird behauptet, daß diese Lager noch weit ausgedehnter und reicher an Rall seien als die deutschen.

o Der Wipfel der Gemeinde. In Hannover ist es in den letzten Tagen mehrfach vorgekommen, daß Kriegsblinden die besonders für sie abgerichteten Führerhunde auf offener Straße gefangen worden sind, so daß die Blinden hilflos an den Straßenenden standen. Der Verfolger Hannovers hat sich darüber große Freude gemacht und einer dieser Verbrecher, der den gefangenen Hund verlassen wollte, ist, nachdem er mörderisch durchgeprügelt worden war, verhaftet worden.

o Ein deutscher General, der Franzose werden will. Nach einer Melbung des "Matin" befindet sich unter den zahlreichen Nationalisationssuchen von Deutschen, die im Elsass leben, auch das des Generals v. Arentz, des ehemaligen Gouverneurs von Metz. General v. Arentz ist mit einer Elsässerin, einer geborenen v. Lützelheim, verheiratet.

o Ein Opfer des Saharakrieges. Der französische Generalstab für Nordafrika macht bekannt, daß der General Laperrière, der Kommandant der südlichen Gebiete Algeriens, der an dem Fluge über die Sahara teilgenommen hat, verschwunden ist.

o Große Kohleabschüttungen. Die Raffinerie Trimontalpitzel ist erneut groben Kohleabschüttungen auf die Spur gekommen und hat bereits zehn Personen festgenommen. Bis jetzt wurde die Verschiebung von vierzig Waggons festgestellt.

*** Der Sonntagaverkehr im Sommerfahrplan.** Bei den leichten Zusammenkünften der Süddeutschen Eisenbahnverwaltungen ist auch die Frage des eingeschränkten Sonntagaverkehrs im Sommerfahrplan behandelt worden. Die Vertreter Würtembergs und Badens äußerten schwerwiegende Bedenken gegen eine Fortführung der weitgehenden Beschränkungen, welchen der Sonntagaverkehr den Winter hindurch unterworfen war. Sie wurden aus Kreisen der preußischen Eisenbahnsgemeinschaft unterstellt. Der Gedanke, gegebenenfalls von sich aus eine Regelung vorzunehmen, dürfte sich kaum verwirklichen lassen, da der Übergang der Bahnen auf das Reich zum 1. April d. J. erfolgt.

"Deutschland, Deutschland über alles", das Lied, zu einer der beliebtesten deutschen Volkslieder geworben ist, wurde am 20. August 1914 von August Deltrich Hoffmann, der sich nach seiner Heimatstadt Ballersleben nenne, auf Heloland gespielt. Die Melodie ist die von Louis Hoadley komponierte der früheren österreichischen Staatsymphonie ("Gott erhalte Franz den Kaiser").

Neueste Meldungen.

Eine falsche Beschuldigung Deutschlands.

Berlin. Nach Pressemeldungen hat Ministerpräsident Millerand behauptet, daß Deutschland die militärischen Bekämpfungen des Versailler Friedensvertrages verlebt, indem es Waffen verboren habe u. a. Im Anschluß hieran hat er wieder die Drohungen ausgesetzt, die bereits aus seiner Friedensnote bekannt waren, und Unterbrechung der Annexionserwartungen bereitgestellt. Hierzu wird von außerordentlicher Seite u. a. geschrieben: Deutschland denkt nicht daran, irgendwelche neuen Waffenlager zu unterhalten. Alle Vorräte spielen sich vor den Augen der Ententekommissionen ab, die mit zahlreichen Unterkommissionen das ganze Reich überwachen. Sämtliche der Reichsministerien befindlichen Waffen werden vielmehr den zuständigen Unterausschüssen offiziell gemeldet. Der Sultan protestiert.

Konstantinopel. Der Sultan erließ ein Erste an die moslemisch-deutsche Bevölkerung, in dem er sie auf Wache gegenüber den fremden Truppen ermahnt. Im übrigen aber protestiert die türkische Regierung mit Entschiedenheit gegen den Einmarsch der Engländer in Konstantinopel.

"Opa," sagte er, "jo nennst du immer von unten Mittermeier. Es soll wohl Großvater heißen. Der Mittermeier ist ein bekannter Clown. Früher hat er Jahrelang ein Zigeunerleben geführt bei Wandergesellschaften. In den letzten Jahren aber war er in großen Stabillenments engagiert. Seit er das Mädel bei sich gehabt hat, war er immer drauf und drauf, daß er auch wieder draufkommen. Aber vor einem Jahre hat er den ersten Schlaganfall gehabt. Da war's aus mit dem Verdienst. Ein Bekannter von ihm hat das Glend gesehen bei dem alten Mann und hat für die Kleine die Maschine konstruiert. Ganz genial hat er das gemacht. Und das Mädel hat sich auch gar nicht geweigert. Hat gelacht und gelernt und ist nicht müd geworden. Nur: die Angst hat sie nicht überwinden können. Und das macht die Nummer gefährlich, trotz aller Sicherheitsvorkehrungen. Die Kleine ist kein geborenes Artistin! Die sind anders —"

"Sie soll auch gar nicht mehr auftreten!" sagte Martin Grundmann. Er schob den Arzt etwas unzufrieden beiseite und trat ohne weiteres über die Schwelle in die Garderobe.

Ein scharfes Klingelzeichen ertönte. Da erhob sich die Japanerin mit einem Ruck. Ihr kleines, gelbes Gesicht war sehr zumutvoll aus.

"Arme Kind!" sagte sie in gebrochenem Deutsch. "Sehr arme Kind!"

Sie machte irgend ein Zeichen in die Luft, lächelte die kleine Fee und eilte hinaus.

Die Amerikanerin rüttelte die Kleine ein wenig beim Arm.

"Wein' nicht!" sagte sie. "Der liebe Gott wird dir helfen! Wenn alter Herr muß sterben, kleine Fee, dann wirst du fahr' mit deine Maschine und mit mir und mein Mann über den großen Wasser und wirst in Amerika möch' deine Tochter sprengt der kleinen Fee, was ist so schön und macht so zittern die Nerven. Und wirst haben viel, viel Geld."

Die beiden Balletteulen hatten interessiert zugehört.

"Weil, viel Geld!" wiederholten sie mit begehrlich glänzenden Augen.

"Rein!" sagte da die tiefe Stimme Martin Grundmanns in die Pause hinein. "Das soll sie nicht, die kleine Fee! Sie soll hier bleiben und soll etwas Lustiges lernen, und ein braues Mädel werden! Und die verdammte Maschine soll meinenthalten der Auszug holten!"

Die Amerikanerin schüttelte lächelnd die geflüsterten Locken. Die Balletteulen stießen sich an. Das war wohl ein Rarr, der alte Mann mit dem fahlen, strengen Gesicht! Von der Maschine der kleinen Fee verstand er entschieden nichts, wie wohl überhaupt vom Handwerk.

Die Tochter der Heimatlosen.

14) Kriminalroman von A. Orlansky.

"Die Eltern", so fuhr Großmann fort zu reden, haben verloren, und die Jungen haben gehorcht. Vielleicht war ich zu streng. Ich weiß nicht. Ich hab' halt immer gemeint, so is es recht. Wehe kann am End' keiner tun, als das, was er glaubt, daß recht ist. Freilich, die Marie hat mehr Respekt gehabt vor mir und ein bißchen Angst, als das jetzt Mode ist zwischen Eltern und Kindern. Und dann: In einem waren wir nicht eingt. Ich hab' wollen, sie soll den alten Burggraf heiraten, den reichen Güteschöpfer. Ich bin ein braver Mensch. Und er hat sie gern gehabt. Aber da hat sie ihren Kopf ausgesteckt und hat, Rein' g'sagt. Sonst war kein Streit je zwischen uns. Ich hab' sie auch nicht zwingen wollen und daß schließlich eingewilligt, wie sie mich gar so gebeten hat, sie möchte für eine Zeit fort. Ins Ungarische hinunter zu meinen alten Schwiegereltern. Sie ist blind und fast taub und fügt recht einfach mit ihren Leuten da drunterin. Also: Ich hab' die Marie geben lassen. Sie hat immer plötzlich geschrien. Gern war sie dort, obwohl es eine menschenverlassene Gegend is. Auf einmal kommt ein Brief. Meine Schwester hat ihn dem Lehrer dort diktiert. Hochwasser war drunterin. Der Fluß ist ausgetreten. Alles überschwemmt. Da ist die Marie einmal nach abends fort in den Ort. Sie hat sich wollen ein Räuscheng holen, hat sie gesagt. Und ist nicht wieder kommen. Nie mehr. Ist nicht wieder kommen."

Der alte Mann sah kurz vor sich hin. Sein Gesicht war jetzt ganz blau. Er hatte es wahrscheinlich vollständig vergessen, zu wem er eigentlich hier sprach. Das junge Mädchen aber hörte zu mit starrnenden Augen. Ihr war alles, was ihr vom wirklichen Leben sprach, ungeheuer interessant.

"Man hat nichts mehr von ihr gehört oder gesehen", schloß der alte Grundmüller mit schwerer Stimme. "Das Wasser ist halt niemals hergekommen. Alle glauben, daß sie sich verirrt hat im Dunkeln, und daß sie vom Wasser mitgerissen worden. Siebzehn Jahr' war sie alt —"

Sie standen schon in dem Gang, welcher zu den Garderoben führte. Eben fragte Baronin Richting einen vorübergehenden Diener, wo die kleine Fee sei.

Der Mann wurde verlegen.

"Du der kleinen können die Herrschaften jetzt nicht hinein", sagte er ausweichend. "Die Großväter ist vom Schlag getroffen worden während ihrer Flitterwoche. Ich glaube, der alte Mann wird sterben."

"Oh!" Frau von Richting stand zögernd. "Hat denn die kleine sonst niemand hier?"

Beschiedene Meldungen.

Berlin. Auf dringendes Eruchen der Banken ist die 1. Gewinnverlohung der Deutschen Sparrämenanleihe von 1919 hinausgezögert worden; sie findet erst am 27. März 1920 statt.

Grenzsch. Das schwere Falloftungsunglück auf dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk in Reisholz hat 25 Tote, 20 Schwerverletzte und eine größere Anzahl leicht Verletzter gefordert. Ein Vorarbeiter wird noch vermisst.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Das Urteil im Prozeß Erzberger-Helfrich.

Berlin, 12. März. Im Prozeß Erzberger-Helfrich wurde heute nach 7 wöchiger Dauer das Urteil gefällt. Helfrich wurde wegen fortgesetzter Übler Nachrede durch Verbreitung von Schriften zu einer Geldstrafe von 300 Mk., an deren Stelle im Falle der Nichtbeitreibung eine Gefängnisstrafe von 30 Tagen tritt, verurteilt. Die Broschüre des Angeklagten "Fort mit Erzberger" sowie die Nummern der Kreuz-Zeitung, in denen die Angriffe gegen Erzberger enthalten sind, wurden eingezogen. Die Kosten des Verfahrens hat der Angeklagte zu tragen. Bei der Strafbemessung wurde berücksichtigt, daß Helfrich aus vaterländischen Beweggründen gehandelt habe.

50000 ausständige Arbeiter im Gebiet von Calais.

Paris, 12. März. (zu.) Die Zahl der ausständigen Bergarbeiter im Bas de Calais wird auf 50000 angegeben. Es wird allgemein angenommen, daß noch diese Woche auch die Bergarbeiter im Norddepartement in den Ausschank eintreten.

Beschwerde Deutschlands über Verhaftung Deutscher im besetzten Gebiet.

Berlin, 12. März. (zu.) Der deutsche Geschäftsträger in London hat am 10. d. M. dem Premierminister Blaiz Georges als dem Vorsitzenden des Obersten Rates eine Note überreicht, die sich mit der Aburteilung der Angeklagten in Leipzig beschäftigt. Gleichzeitig beschäftigt ist die Note mit der Verhaftung Deutscher in besetzten Gebieten und weist dieses Vorgehen der Entente als den Bestimmungen zwidderlaufend, energisch zurück.

Hauptmann Pabst und Generallandesdirektor Knapp in Schughast genommen.

Berlin, 12. März. (zu.) In später Abendstunde wird gemeldet, daß der Hauptmann Pabst, der frühere Generalstabsoffizier des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps und der Generallandesdirektor Knapp in Schughast genommen seien.

Proklamation des Generalstreiks in der französischen Textilindustrie.

Paris, 12. März. (zu.) In der französischen Textilindustrie ist der Generalstreik proklamiert worden.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, den 12. März 1920.
Mitteilungen aus den Ratssitzungen vom 24. Februar und 9. März 1920. 1. Die neue Reichsverordnung über Erwerbslohnfürsorge wird vorgetragen. Man beschließt, den Fürsorgeauszug zu veranlassen, die Anwesenheit der Säcke für Wilsdruff nachzuprüfen. 2. Das Gutachten der Lehrer um Gehalts erhöhung ist vom Schulausschuß mit Rücksicht auf die kommende allgemeine Neuordnung der Gehälter z. J. abgelehnt worden. 3. Die Klage der Hilfslehrer Gothe und Zehler gegen die Schulegemeinde auf Herauszahlung des für die Überzahlung laufender Leistungszulagen eindeutig zu Gunsten der Belegschaftsbehilfe ist vom hiesigen Amtsgericht abgewiesen worden. 4. Die Versorgung der Stadt im nächsten Winter mit Eiern soll in möglichst weitem Umfang geachtet werden. 5. Nachdem der Wasserwerksausschuß die Frage nochmals an Ort und Stelle behandelt hat, stimmt man endgültig der Planung der Wasserversorgung der Kolonie der Baugesellschaft mittels einer durch das Gelände der nur 50 mm Rohre Verwendung finden. 6. Dem Arbeitsverband sächs. Gemeinden soll mitgeteilt werden, daß man mit der Versorgung der Stadt in die Tariffortifikation B aus C einverstanden ist. Ebenso stimmt man der Einweihung der Werksbäder in Stufe 2 des Sozialtarifs zu. 7. Den Hausbesitzer soll aufgegeben werden, im Frühjahr die Ratten zu vergiften. 8. Die Befreiung mit Spiritus ist derartig zurückgegangen, daß die Einkommensgrenze für die Bezugsberechtigung wieder auf 3600 M. heruntergesetzt werden muß. Für kleine Reserven für Wöchentlichen ohne Rücksicht auf Einkommen soll gesorgt werden. 9. Es liegt eine Anfrage wegen Übernahme der Bismarckstraße oberhalb der Wielandstraße vor. Beim derzeitigen Zustande der Straße kann darauf nicht zugekommen werden. 10. Die Kohlenfuhrkosten beim Elektrizitätswerk sind erneut erhöht worden. 11. Der Schotter für den Löhndorfer Weg soll schließlich angefahren werden. 12. Durch einen hiesigen Gewerbetreibenden sind von einem ihm zustehenden Rechnungsvertrag 50 M. für den Kinderhort und 25 M. zum bestreiten eines bedürftigen Kriegsteilnehmers gespendet worden. 13. Der Verteilungsplan für die Schrebergärten an der Ziegelai und die Pachtbedingungen finden Genehmigung. 14. Die vorgeschlagene Umänderung der Hilfssepedientenstelle in eine Expedientenstelle wird abgelehnt. 15. Die am 10. Febr. d. J. in Coswig verstorbenen Christiane Henriette verw. Wiese hat zur Erinnerung der Mutter ihres vorverstorbene Mannes Christiane Amalia Wiese geb. Heideneck der Stadt 8000 M. mit der Bestimmung vermacht, daß die Zinsen der Summe am Geburtstage der Mutter an sechs würdige, bedürftige alte Leute verteilt werden. Man nimmt die Stiftung mit Dank an. 16. Für die Grenzspende für die Volksabstimmung werden 100 M. bewilligt. 17. Bei der Einhebung der Tanz- und Eintrittskartensteuer durch die Wirtszitate getretene Mißstände soll nach Möglichkeit entgegengewirkt werden. Ferner beschließt man einige die Steuergrenzen bei der Eintrittskartensteuer, daß abgekürzte (Straf-) Verfahren bei Steuerhinterziehungen und die Behandlung der Jahrmarktfestarten betreffende Änderungen der Gemeindebestimmung. 18. Da die Leistung immer ärger wird, erscheint es als notwendig, die Behilfen am Minderbemittel auch über den März hinaus noch zu gewähren. Der Finanzverwaltung ist es jedoch, solange der

Einzug der Einkommensteuer für die Stadt im neuen Geschäftsjahr noch nicht zu übersehen ist, nicht möglich, die Deckungsfrage zu lösen. Man beschließt deshalb, die Behilfe zunächst noch für April zu bewilligen. Die Ausgabe kann aus noch nicht aufgebrauchten im Sommer zu Sonderunterstützungen bewilligten und aus laufenden Mitteln bestreiten werden. Erwogen werden soll, ob nicht die Unterstützung für Einzelportionen, die einen eigenen Haushalt führen, etwas erhöht werden kann. 19. Die Angemessenheit des für kleine Bachtstücke an die Stadt zu entrichtenden Laazinsen soll nachgeprüft werden. 20. Der Baupolizeiausschuß schlägt vor, im Bebauungsplan einen Durchbruch vom Markt nach dem Gezinge (zwischen Fuchs und Leibiger) als zwei bis drei Meter breiten Fußweg mit in geschlossener Bauweise überbauten Durchgang am Gezinge vorzusehen. Es wird angeregt, zunächst zu erwägen, ob nicht ein breiterer Durchbruch zweckmäßiger ist. 21. Die Volksküche arbeitet dauernd mit Zusatz, die Kochstelle werden in kürzer Zeit einer Erneuerung bedürfen. Die Finanzverwaltung steht sich deshalb günstig, abermalige Erhöhung der Portionspreise und die Bewilligung von Mitteln zu fordern. Nach eingehender Beratung wird beschlossen, vorerst festzustellen, ob etwa gebrauchte Kessel billig beschafft werden können und ob es weiterhin überhaupt noch möglich sein wird, die zur Aufrechterhaltung der Volksküche nötigen Nahrungsmittel zu beschaffen. 22. Zur Konfirmandenausstattung von Kindern Minderbemittelten wird eine Beihilfe von 300 M. bereit gestellt. 23. Die bisherige dem Stadtmusikdirektor benötigte Beihilfe entspricht bei weitem nicht mehr den von ihm dafür gebrachten Gelegenheiten. Man erhöht sie auf jährlich 2500 M. Dafür soll er unter anderem jährlich wenigstens zwei Volkskonzerte zu billigen Eintrittspreisen veranstalten. Auch die Sonntagsmusiken im Sommer, die Weihnachtsmusik u. a. sollen erhalten bleiben. — Zu Punkt 4—6, 13, 15, 17, 18, 22, 23 bedarf es der Zustimmung der Stadtverordneten. Uebertreu wurden am 24. Februar noch 25 (darunter 16 Baulichen) und am 9. März ebendas 25 Gegenstände behandelt.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten Freitag den 12. März 1920 abends 7 Uhr. 1. Eingänge und Mitteilungen. 2. Besuch des Bildars Hofmann um Gewährung der vollen Belegschaftsbehilfe. 3. Wiesestiftung. 4. Wasserleitungsbau im Gelände der Bauaufsicht. 5. Tanz- und Eintrittskartensteuer. 6. Beschlüsse des Ernährungsbehörden für Minderbemittelte. 7. Weitergewährung der Leistungszulagen für Minderbemittelte. 8. Schrebergartenverpflichtung an der Prätoriusschen Ziegelai. 9. Wahl von Beisitzer für das Nachreinigungsamt. 10. Entschädigung der Beisitzer des Nachreinigungsamtes. 11. Kommandantenbehilfe. 12. Erhöhung der Beihilfe für den Stadtmusikdirektor. 13. Verschiedenes.

Das dritte Konzert, das Eduard Platz am 11. März im Löwensaal gab, war nicht so vielgestaltig wie die vorhergehenden; dafür brachte es Gaben, die ein feindliches Ohr erforderten. Die zweigesang der Damen Sachse und Geno ließen Holländers duftige „Frühlingsahnung“ und Kubinkins sinnendes „Wanderers Nachlied“ ausgleimen. Die Soli Gertrud Sachse brachten Schubertlieder, R. Trunz „Nachgang“ und „In der Nacht“. Verhalten, mattvollgelebt bot sich Gertrud Sachse Sopran auch in der stärksten Entfaltung; in ihren Brachialliedern blühten desepte, innig-vertiefte Töne auf. Voll schimmernd Glanzes strömte Räth Venads Mezzosopran; noch zurückhaltend in Bruchs Penelope-Krise; voll entfaltet klang die reiche, weiche Stimme das niskibare Sehnen tief, kernenvolle Magnonie; schwang morgenfrische Narren Jubelklang: „... der geh der Sonn entgegen“. Und diese beiden Stimmen flossen ineinander, eindringend, an die Herzen pochend, voll Traum und Güte in Peter Cornelius „In der Sternennacht“. Götz „Still wie Nacht“. Am Flügel half Eduard Platz mit süßem Aufschlag, feinsinnigem Empfinden — durch eine herausgehobene Betonung mitunter den Sinn des Werkes deutend — die Kunstgaben gestalteten. (Das vierte Konzert ist für Mai geplant). G. R.

Steine Ehrenzulage für das Eiserne Kreuz 1. Klasse. Die Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. Klasse aus dem Feldzuge von 1870/71 erhalten vom Feldwebel abwärts nach dem Reichsgesetz vom 2. Juni 1878 eine Ehrenzulage von monatlich 8 Mark. Nach den bei der Stiftung des Eisernen Kreuzes im letzten Kriege ergangenen Bestimmungen war die Gewährung einer Ehrenzulage auch für die Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. Klasse des Mannschaftsstandes aus diesem Feldzuge in Aussicht genommen. Auf eine Anfrage, ob auf die Gewährung einer solchen Ehrenzulage zu rechnen sei, hat das Reichsverteidigungsministerium den Bescheid erthalten, daß die Gewährung einer Ehrenzulage an die neuen Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. Klasse zwar erwünscht wäre, aber infolge der Geldlage des Reiches unterbleiben müsse.

Neue postalische Bestimmungen. Gewöhnliche Briefe nach Finnland können außer über Schweden auch mit den jeden Sonnabend von Lübeck nach Åbo und Helsingfors abgehenden Schiffen verhandt werden. In diesen Fällen müssen die Briefe den in die Augen fallenden Vermerk „Schiffbrief über Lübeck“ tragen. Besöldigungsduauer Lübeck-Åbo variiert 4 bis 5 Tage, Lübeck-Helsingfors zwischen 3 bis 4 Tage. — Briefpostsendungen jeder Art nach Ostasien, auch solche an die noch dort befindlichen Gefangen, werden von den Postanstalten zur Besöldigung auf dem Wege London-Nordamerika-Baldimostok angenommen. Als Kriegsgefangene sind nur gewöhnliche Briefe postgegenstände zulässig.

Pausbestimmungen für die Einreise nach Elsaß-Lothringen. Die französischen Behörden haben für die Einreise nach Elsaß-Lothringen nachstehende Pausbestimmungen erlassen:

Kein deutscher Reichsangehöriger darf nach dem Elsaß und nach Lothringen einreisen, ohne im Verly eines Reisepasses mit Photographie zu sein. Dieser von den deutschen Behörden ausstellende Verly muß mit dem Sichtvermerk (Sicht) einer Militärpoststelle von Straßburg oder Metz versehen sein. Allen schriftlichen Bezeugen um Erteilung des Sichtvermerks sind außer dem Reisepass selbst noch beizulegen: 1. zwei unangefeuerte Photographien, 2. zwei eigenhändig Unterschriften auf dazu bestimmten Sonderformularen. Kaufleute und Handlungsfreiber haben dem Antrage einen von der für ihren Wohnort zuständigen Handelskammer ausgestellten Ausweis über ihre Gewerbeleistung beizufügen. Melden in Familieneigenschaften werden mit

ausnahmsweise genehmigt (Giedien oder sehr schwere Erkrankung nahe Verwandter).

Als besonders wichtig sind auf dem Antragsformular folgende Bemerkungen hervorgehoben: 1. Deutsche Reichsangehörige, die die Einreiseerlaubnis nach Elsaß und Lothringen erhalten haben, sind verpflichtet, binnen 24 Stunden ihre Ankunft am Bestimmungsort wie ihre Abreise von dort beim Polizeikommissar oder bei der Gendarmerie feststellen zu lassen. 2. Während ihres Aufenthaltes im Elsaß und in Lothringen dürfen die deutschen Reichsangehörigen nicht von dem Reisepass abweichen, der auf dem Verly vermerkt ist. Beabsichtigen sie, sich an einen anderen Ort zu begeben, so haben sie vorher ein Gesuch um Reisegenehmigung an den Generalgouverneur von Straßburg oder Metz (Militärpoststelle) zu richten. 3. Deutsche Reichsangehörige, die sich diesen Vorschriften nicht anpassen und in Elsaß und Lothringen angekommen werden, ohne im Verly eines Reisepasses mit dem Sichtvermerk der Militärbehörde zu sein, werden folglich an die Grenze zurückgebracht, unbeschadet der gerichtlichen Verfolgung, der sie sich ausleben. Außerdem weist das Antragsformular außer den üblichen Personalausstellungen auch die beachtenswerte Frage auf: War der Antragssteller in Elsaß-Lothringen oder, vor dem 2. August 1914, in Frankreich ansässig? Eine besondere Bemerkung fordert endlich von Handlungsfreibern die Angabe der Firmen, die sie vertreten, sowie der Waren oder Lebensmittel, die sie kaufen oder verkaufen wollen.

Ausführlich des Ueberfalls in Blankenstein, der erneut mit großer Deutlichkeit erkennen läßt, daß die Unsicherheit und Raublust stark zunehmen, hat die Amtshauptmannschaft Meißen besondere Sicherheitsmaßregeln ergreifen. Verstärkte Gendarmeriepatrouillen wurden auf Antrag der Amtshauptmannschaft von auswärtis hierher deorbert mit dem Auftrage, besonders Streifzüge vorzunehmen. Außerdem ist an die Gemeinden erneut die Auflösung zur Bildung von Einwohnerwehren ergangen, die einen kleinen, wahrscheinlich aber bei weitem nicht ausreichenden Schutz versprechen.

Heraus mit der Gegenliste! Der Nationalverband Deutscher Offiziere, Landesverband Sachsen, erfuhr die Hauptstelle des Nationalverbandes Deutscher Offiziere in Berlin, in der Öffentlichkeit dauernd auf das Unwürdige auch der jetzigen Art des Verfahrens gegen unsere Heerführer und Soldaten nachdrücklich hinzuweisen. Ein solches Verfahren sei nur bei unbedingter Gewährleistung der Gegenstelligkeit überhaupt erträglich. Hierzu sei notwendig, daß die Reichsregierung nunmehr unverzüglich die amtliche Gegenliste feindlicher Kriegsverbrechen veröffentlicht. Nach der leichtherigen Aufstellung der feindlichen Liste erfordert die Ehre des deutschen Volkes eine Feststellung der feindlichen Verbrechen gebieterisch.

Uebernahme der Leistungszulagen für die Gemeindebeamten auf Reich und Land? Wie wir erfahren, verhandelt der sächsische Gemeindetag mit der Regierung darüber, daß das Reich und die Einzelstaaten die Leistungszulagen für die Beamten übernehmen. Die Gemeinden seien mit Arbeiten für das Reich und die Einzelstaaten die Leistungszulagen für die Beamten übernehmen. Die Gemeinden seien mit Arbeiten für das Reich und die Einzelstaaten außerordentlich überlastet und erhielten dafür keine Entschädigung. Zum großen Teil müßten sogar neue Beamte eingestellt werden. Es sei daher begreiflich, daß sich die Gemeinden jetzt, wo ihnen die besten Einnahmequellen weggenommen würden, gegen neue Ausgaben zu wehren suchen.

Was Neutralität in Deutschland beobachtet. Zwei schwedische Kaufleute und ein Lehrer aus Dordrecht, die in Leipzig zur Messe und vorher in Süddeutschland waren, schreiben im Becko-Journalen: „Die Leipziger Messe hat eine Bedeutung und einen Umfang erreicht wie nie zuvor und wie man sie besonders nach dem verlorenen Weltkrieg nicht erwartet hätte. Einkäufer aus aller Länder sind zahlreicher denn je unterwegs, besonders aber spricht man von riesigen Austrägen aus Nord- und Süddeutschland, sowie seitens der Ost- und Südoststaaten Europas. Wenn man durch Deutschland geht läuft, so hat man das Gefühl, als wenn es ein gefesselte Riese sei, ein Simson, dem die Haare beschoren wurden, die aber nachwachsen und mit ihm die Kraft, seine Fesseln zu sprengen. Aber auch das andre drängt sich einem aufmerksamen neutralen Beobachter unwillkürlich auf: das deutsche Volk ist gesundheitlich und moralisch nicht mehr auf der Höhe. Die Jahre lange völlig unzureichende Nationierung macht die Leute, soweit sie nicht glückliche „Selbstversorger“ sind, bleich, mager und rießig altern. Die Nationierung, die mit automatischer Sicherheit den Schlech- und Tauschhandel im Gefolge hat, hat aus der offenen, aufrichtigen deutschen Volkssee verschüchterte Heimlichkeit gemacht, die in jedem Anderen zuletzt einen Feind sehen. Die Nationierung hatte noch Sinn und Zweck zur Zeit des Krieges und der Blockade, aber jetzt, wo beides weggesunken, muß Deutschland, will es nicht immer öfter und häufiger auftretenden Grippepidemien zum Opfer fallen, den Anschluß an den Weltmarkt suchen. Die Preise werden ein paar Wochen sprunghaft in die Höhe gehen wie die plötzlich umbrandenden Wellen eines vor Anker gehenden Schiffes, wenn aber der Anschluß erreicht, die Grenzen geöffnet sind und die Konkurrenz in ihre Rechte tritt, dann sinken sie von selbst wieder. Und der Anschluß muß früher oder später doch kommen, je früher, umso besser für Deutschlands Bevölkerung. Dann kann sie wieder reichlich und kräftig essen, dann kann sie wieder zurückkehren zum Zehnertag und zur Arbeitsarbeit, um wieder hochzukommen. Das aber Deutschland wieder hochkommen wird, davon ist Freund und Feind überzeugt, wenn auch mit verschiedenen Gefühlen. Aber ein Volk ist, was es ist! Daran sollten die Deutschen denken! Beziehungen und Kredite von Mensch zu Mensch werden dann besser erreichen, Deutschland gesundheitlich und moralisch wieder gefunden zu machen!“

Kurze Anfragen in der Volkskammer. Der Abgeordnete Dr. Wagner (Dtsch. Vp.) hat mit Unterstützung anderer Mitglieder seiner Fraktion folgende kurze Anfrage eingebracht: „Die neue Reichsverfassung enthält als eine ihrer wesentlichen Bestimmungen, wegen deren sie als die demokratischste der Welt gérühmt wurde, in Artikel 41 den Grundsatz, daß der Reichspräsident vom ganzen deutschen Volk gewählt werden soll. Das Reichsoberhaupt soll also nicht von Parteivertretern, sondern von allen deutschen Staatsbürgern gewählt werden. Es sind Bestrebungen im Gange, das deutsche Volk um dieses

wichtige Recht zu bringen und unter Aenderung der noch kein Jahr alten Reichsverfassung die Wahl des Reichspräsidenten parlamentarischen Körperschaften zu übertragen. Ist die sächsische Regierung gewillt, solchen Plänen entgegenzutreten und im Reichstag dagegen zu stimmen?" Von derselben Seite sind zwei weitere kurze Anfragen eingegangen, die sich auf die verschiedenen Handhabungen der einzelnen sächsischen Ministerien in der Neuregelung von Umlsnamen und auf die unter den heutigen Preisverhältnissen anzulängliche Umsatzschädigung bei Verschwendungen von Beamten beziehen.

— **Viertag.** Die Lokomotive eines Rangierzuges, der in die in der Nähe des Elektroindustriewerkes Goschütz gelegenen Ziegeleianlage einfahren wollte, stieß gegen ein offenstehendes Tor. Durch den Aufprall wurde ein massiver Lorpfeiler umgerissen, der beim Einsturz ein dahinterstehendes 9-jähriges Kind tötete. Der 11-jährige taubstumme Bruder kam mit dem Schrecken davon.

— **Pionier.** Auf die Ergreifung des Mörders des sechsjährigen Heinz Fronk, an dem im benachbarten Mehltheuer am Sonntag ein Lustmord vor einem 40—45-jährigen Stromer verübt worden ist, ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Kirchennachrichten

Am Sonnabend Fötar.

Predigtexte: Psalm 25. — Jesaja 54, 7—10.

2. Kor. 5, 19—21.

Widderfuß.

Begrüßung der aus der Gefangenschaft Heimgekehrten.
Vorm. 1/2 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl. — Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. — Nachm. 1 Uhr Christentlehre für die tonf. weibl. Jugend. — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst. — Abends 1/2 Uhr Junglingsverein (Tonhalle).

Grumbach.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst.

Kesselsdorf.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst (Pfarrer Heder). — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst.

Gora.

Vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst. — Sammlung für die kriegernden Wiener und Erzgebirger.

Umstadt.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Im Anschluß daran Kindergottesdienst.

Blankenstein.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 1/2 Uhr Kindergottesdienst.

**Wien, Wien, nur du allein,
kehrst am 13. im Saal des „Löwen“ ein.
Da gehn die Wilsdruffer alle hin,
da schwelt man wie im Traum dahin.
Der Boata Römischi spielt die schönsten Walzer raus,
da geht die echte Wiener Gnäßlichkeit net aus
Und gehn alle, alle ungern wieder z' Haus.**

Einfahrt 6 Uhr — Anfang 7 Uhr.

4. Klasse 176. Sächs. Landes-Lotterie.

Die Nummern, welche zwischen 1000 Gewinne haben, sind mit 200 Mark gekennzeichnet. — Unter Gewinn ist Wertsteuer zu entrichten. — Rückgeld entsteht.

1. Siegtumtag vom 21. März 1920.

50000 Nr. 48234 Rottw. Ulrich, Oelsnig.
10000 Nr. 30123 Reichert, Gottlob & Co., Leipzig.
5000 Nr. 2370 Becker, Wilsdruffer, Dresden.
5000 Nr. 2370 Becker, Wilsdruffer, Dresden.

60000 Nr. 2370 Becker, Wilsdruffer, Dresden.